

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser“ erscheint wöchentlich einmal an jedem Donnerstag. Preis pro Jahr 10 Mark. Einzelhefte 2 Mark. - Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30, entgegen.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörungen entfallen dem Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Das politische Programm der Deutschen Demokratischen Partei ist im Programm der Partei im Reichstag vom 1. März 1929. Einzelhefte 2 Mark. - Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30, entgegen.

Nummer 13

Halle, 30. März 1929

5. Jahrgang

Die Osterpause

Feiertage bilden eine Insel in dem hochwogenen Strom der Politik. An ihnen ruhen die Kämpfe. Zur Befristung und zum Aufschauen ist das die geeignete Zeit. Leider haben wir in dem nunmehr vollendeten ersten Quartal 1929 nicht allzuviel Gutes zu verzeichnen. Weder innerpolitisch, noch außenpolitisch. Diese drei Monate sind erfüllt von Parteihader, von hartem Ringen mit dem Auslande und haben Erfolge, die niemandem befriedigen können. Wir sind seit der Wende des Jahres nicht erheblich weiter gekommen. Allerdings soll man auch gern anerkennen, daß wir keine allzu bedeutlichen Rückschritte gemacht haben. Das gilt sowohl von Genf wie von Paris, gilt auch vom Reichstage, wenn schon in sehr bedingtem Ausmaß. Es ist immerhin gelungen, den offenen Ausbruch der Krise hintanzuhalten, und das bedeutet mehr als 200 Ansehenende abnt. Die Gefahren, die sich plötzlich auftraten, waren nicht gering. Jugenbergs Hand vor den Türen. Man mag heute darüber lächeln, aber wer die Zusammenhänge kannte, hat die Verdröhung des Reiches nicht auf die leichte Schulter genommen. Selbstverständlich sollte alles auf versöhnungsmäßigen Wege vor sich gehen. Eine gewisse Vorarbeit ist auch dem Scheitern Finanzrat nicht abzutreten. Der Plan war so schon ausgedacht. Er wollte sich vom Kanzler erinnern lassen, den Reichstag auflösen und dann zunächst auf Grund des Artikels 48 regieren. Was dabei herausgekommen wäre, hätte vermutlich kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte gefüllt. Heuchelt ist hier „neuer“ Gehalte an der Einheit des Reichspräsidenten, der nicht Hermann Müller für seine Bemühungen gedankt und damit ihn verabschiedet hat, sondern ihn von neuem den Auftrag gab, mit dem jetzigen Kabinett vorläufig die Arbeiten weiter zu führen.

Jugenbergs Brief

Der jetzt veröffentlichte Brief des Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei an 3000 Amerikaner fällt ungefähr mit diesen verheerenden Diktaturbemerkungen zusammen. So ist er auch nur verständlich. Das Schreiben sollte die Uebernahme der Regierungsgewalt vorbereiten und beidwichtigend wirken. Deshalb einzelne Wendungen, die sonst unbegreiflich wären. So die Behauptung, die Deutschnationalen seien die einzigen Hüter des Privatigentums und das einzige Bollwerk gegen die Sozialdemokraten. Mit lauter Selbstverständlichkeit betont Jugenberg, daß seine Partei niemals mit der Sozialdemokratie gemeinschaftlich werden werde. Und da er sich davon nicht die nötige Wirkung verdrückt, legt er Sozialismus und Bolschewismus kurz entschlossen gleich. Für einen Vorkriegs-Kauf ist das immerhin eine etwas auffällige Behauptung. Zum mindesten muß man zweifeln, ob er sich von ihrer Richtigkeit überzeugen ist. Eigentlich sollte dieser unterrichtet sein und wissen, daß die Sozialdemokraten unter Oberst Führung Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet haben. Daher auch der Haß der Kommunisten gegen die roten Nachbarn, während sie Herrn Jugenberg als heimlichen Bundesgenossen betrachten. Im übrigen ist der Brief so ungeschickt wie nur möglich. Er läßt jede Ueberlegenheit vermischen. Inoffiziell recht ist an Artlosigkeit. Wir reden nicht mit ihm über die richtige Aeußerung, daß die deutsche Weltanschauung die Frage sei, über die technische Erneuerung an Wirtschaft. Punkte und die fast unverbessliche Mahnung an die vereinigten Staaten, in Europa kein Geld mehr zu infizieren. Erregte Gemüter sprechen von Landesverrat. Es liegt das fern. Dazu ist dieses Schreiben so plump, daß es zeigt eine Genügsamkeit, die von allen bekämpft werden muß, ganz gleich, wo sie sonst leben. Wir fürchten nicht die Staatsmännchen Fähigkeiten dieses Mannes, sondern nur seine geringe Einsicht. Er könnte viel besser liefern.

Das Echo des Briefes

Wenn sich der Führer der Deutschnationalen von dem Appell an die Amerikaner eine Stärkung seiner persönlichen Stellung verprochen hat, so wird er sich für jetzt selbst über diese Fäufung klar geworden sein. Er redet bis links schreit man nur den Kopf. Die emanzipierte Genügsamkeit gegen ihn geworden wie Wähler der Deutschen Volkspartei. Aber das ist einmal das Entscheidende. Selbst die Deutsche Tagesung macht nach einigen höflichen Wendungen steht

und zeigt, daß sie mit diesem Gruß nicht einverstanden ist. Das gibt zu denken. Es ist ja kein Geheimnis, daß der agrarische Flügel der Partei mit wachsendem Misfallen auf die Tätigkeit des neuen Vorsitzenden sieht. Er findet sich darin mit den Gewerkschaften unter Lombach zusammen, die ja seit langem in hartem Kampfe mit Jugenberg stehen. Wenn dieser Brief überhaupt eine Wirkung auslösen sollte, so höchstens im deutschnationalen Lager. Die Einsicht, die nach außen hin noch immer gewahrt wird, außer in Hamburg, wo es bereits zu

überhaupt nicht zu erwarten und auch das ist noch zweifelhaft. Was bisher geleistet wurde, sind Vorarbeiten, sind Teilergebnisse, die erst dann ihren Sinn bekommen, wenn die Zahlen genannt werden. Bisher hat man sich nur in Privatgesprächen darüber unterhalten und dabei bereits festgelegt, daß man noch ziemlich weit entfernt voneinander ist. Wenn am Tisch sehr Angebot und Forderung einander gegenüberstellen, ist die offene Krisis da. Aufgabe der Amerikaner wird es sein, sie zu überbrücken. Von der Geschäftsfähigkeit Owen Youngs und Morgans hängt es dann ab, ob man mehrere Vor schläge unterbreitet oder wenigstens im engeren Kreise zu einem gemeinsamen Vorgehen gelangt.

Das Defizit

Die innere Politik ist augenblicklich Finanzpolitik. Gelingt es, den Etat zu verabschieden, so haben wir Zeit zu anderen Arbeiten gewonnen. Gelingt es nicht, so wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Aufhebung des Reichstages. Die Vorberedungen, die Hilferding und Hermann Müller mit den Parteiführern abhielten, sind nicht ungenügend verlaufen. Sobald eine Annäherung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten sichtbar wurde, lenkte die Deutsche Volkspartei erheblich ein. Hilferding hat in einer Tabelle die Abstriche aufgezählt, die jede Partei vorzuschlagen und dabei festgehalten, daß man sich gar nicht mehr so unendlich weit voneinander entfernen hält. Bei einigen guten Willen läßt sich schon ein Kompromiß finden. Bisher betragen die Abstriche ungefähr 150 Millionen. Das reicht natürlich nicht aus. Wenn man aber, und dazu scheint man entschlossen zu sein, obwohl es nicht unbedenklich ist, die Zahlungen an die Sozialisten statt in bar in Schuldverschreibungen leistet, so wäre das Defizit einigermaßen ausgeglichen. Es bliebe nur ein kleiner Rest, für den die Umstellung des Brantweinmonopols mit einem Mehrbetrage von 90 Millionen genügen würde. Dann könnte man sowohl auf die Erhöhung der Biersteuer, die Zentrum und Bayerische Volkspartei nach wie vor ablehnen, als auch auf die Erhöhung der Vermögenssteuer verzichten. Bedauerlich ist es, daß der Haushaltsausgleich des Reichstages die von Hilferding gewünschte Verschärfung seines Ausgabenrechtes nicht zugelassen wollte, sondern zunächst die Beschäftigung verweigerte. In England, dem Vorbild des parlamentarischen Systems ist das Unterhaus seit Jahrzehnten verhindert, Ausgaben von sich aus zu erhöhen oder neu einzustellen. Wir leben darin eine Verzichtnahme der parlamentarischen Rechte, da ja das Kabinett als solches der geschäftsführende Ausschuss des Reichstages ist. Eine geordnete Finanzwirtschaft wird aber solange nicht möglich sein, als die Parteien unter dem Druck ihrer Anhänger immer neue Kosten verurlichen, ohne nach der Deckung zu fragen.

Die Reparationen

Wenn nicht alles täuscht, wird diese Zwischenübersicht noch geraume Zeit in der Wochenzeitung erscheinen müssen. Die Dinge entwickeln sich nur sehr langsam, obwohl häufig genug Krisenmeldungen auftauchen, um dann wieder zu verschwinden. In Wahrheit handelt es sich auch um eine Krise, nur ist sie keine offene, sondern eine schlängelnde, die vermutlich nach Dieren ausbrechen wird. Man soll aber die Dinge nüchtern betrachten und keine vorläufigen Schlüsse ziehen. Selbst wenn die Konferenz ergebnislos endet, was immerhin in erste Erwägung gezogen werden muß, bedeutet das noch kein Ende der Verhandlungen. Die Sachverhandlungen sind unabhängig von den Regierungen und haben letztlich die Gutachten zu erhalten. Sogar der Kabinete ist es dann, sich auf den Boden dieser Gutachten zu stellen, oder sie zu verwerfen. Eine Einigung in Paris würde also noch lange nicht besagen, daß nun das mühsam dort ausgefertigte Kompromiß zur Annahme gelangt. Soweit wir die Lage beurteilen können, sind die Aussichten für eine Einigung allerdings nicht gut. Man rechnet viel eher damit, daß mehrere Gutachten erlassen werden, eines von der Mehrheit, also der Entente, eines von uns und vielleicht überdies noch eines von den Amerikanern. Das erhebt natürlich den Gang der diplomatischen Verhandlungen, weil sich jede Regierung zunächst auf das ihr am nächsten liegende stützen würde. Ueberhaupt soll man den Zeitpunkt für eine endgültige Lösung soweit hinauschieben, als nur irgend denkbar. Vor dem Hochsommer ist er

Die englischen Wahlen.

Die Meinung über die kommende Volksabstimmung in England ist außerordentlich geteilt. Im allgemeinen hatte man angenommen, daß die Konservativen unter erheblichen Einbußen ihre Vormachtstellung behaupten würden. Man rechnete damit, daß die Arbeiterpartei stark anwachsen und die Liberalen einige Gewinne zu buchen haben würden, ohne die bisherige Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Nach den Nachwahlen der letzten Woche wird diese Prognose aber kaum aufrecht erhalten bleiben können. Konservative Hochburgen sind glatt verloren gegangen, und zwar nicht nur an die Arbeiterpartei, sondern auch an die Mannen Lloyd Georges. Nun ist es gewiß richtig, daß solche Nachwahlen häufig von lokalen Stimmungen abhängen und für das Gesamtergebnis nicht maßgebend sind. Aber die Stimmung ist so groß, nirgends haben die Konservativen Fortschritte erzielen können. Das läßt immerhin die Möglichkeit offen, daß auch die parlamentarischen Verhältnisse grundlegend geändert werden können. Ueber eine außenpolitische Bedeutung solchen Wandels braucht nicht viel gesagt zu werden. Die Stellung Englands ist jedenfalls für Europa entscheidend.

Die ungenügenden sächsischen Wahlen.

Der Staatsgerichtshof hat die sächsischen Wahlen für ungenügend erklärt, so daß sie noch einmal vorgenommen werden müssen. Die Bedingungen, daß Parteien, die im vorhergegangenen Landtage keine Mandate bekamen,



Entscheidung in der Lehrerbildung

Von Dr. Bohner, Oberschulrat

Nach den Erklärungen des Ministers sind die preussischen Pädagogischen Akademien nicht mehr als ein Versuch, sondern als die notwendige Lösung anzusehen, und man glaubt, daß das preussische Beispiel entscheidend auf die in anderen deutschen Länder sein wird. Tatsächlich hat ja der eigentliche Führer der leitenden Lehrentwicklung einen Ruf an die neuzugründenden preussischen Akademien in Erfurt angenommen. Es ist also entschieden, daß die Lehrerbildung nicht den Unversitäten zugewiesen wird, wie man es in Sachsen und Thüringen versucht hat. Nicht einmal der so wichtige Zusammenhang mit den Unversitäten und ihren Bildungsinstituten erscheint nötig; Dortmund, Erlangen, Erfurt werden Akademien, die ja recht hat man sich in einer kleinen Anfrage sogar soweit schon vorgewagt, Landgemeinden als die richtigen Stätten für Akademien vorzuschlagen. Auch im Saarland erscheinen die Akademien nicht im städtischen Bereich, sondern werden wie die Kunstakademien dem Ministerium für die Volkshochschulbildung eingegliedert, um die praktisch-pädagogische Seite zu betonen statt der „intellektualistischen“. Aber auch im übrigen unterscheidet sich der Akademieadvent vom sonstigen Hochschulwesen: er hat nicht die freie Wahl des Dozenten, er hat nicht die Freizügigkeit von einer Akademie zur anderen, er ist in einem bestimmten Ausbildungsgang gebunden. Wenn man auch an den Unversitäten freizeu nach Studienordnungen ruft und die alte akademische Freiheit der rectorum und censeo nicht mehr gelten kann, die oben genannten Freiheiten wird man nie aufgeben wollen. Engültig bleibt auch, daß die Pädagogischen Akademien konfessionelle Institute sind; denn auch die Simultanakademie in Frankfurt am Main wird für diesen Fall als die für die christliche Simultanakademie vorbereitende Akademie in Anspruch genommen. Für die Freunde einer rein staatlichen Lehrerbildung und der wahren Annäherung des Lehrstandes an die übrigen, gut akademischen Stände ist die Schlichte verloren. Die Zukunft muß zeigen, ob die konfessionellen Akademien, wie manche fürchten, eine Verleugung des Reichszweckes in konfessionellem Sinne bedeuten, oder ob sie, wie der Minister hofft, die staatliche, wenn auch in ihrem Aufbau und der Lehrerauswahl den konfessionellen Verhältnissen Rechnung tragende Volkshochschule von heute seien. Man ist ein bißchen mißtrauisch, wenn man die sehr nach alter Schule und Kirchenbevorzugung schmeckenden Vorläufe eines öffentlichen Akademieleiters über die Stellung des Landlehrers liest.

Das Mehr über das alte Seminar, das die Pädagogischen Akademien bringen, bleibt dabei unbesprochen: man hat in Preußen das Abiturientenexamen als Voraussetzung der Lehrerausbildung im Gegensatz zu manchem anderen deutschen Land durchgeföhrt, und ebenso ist die dort immer nach Drill und Fern-Einpausen schmeckende frühere Vorbereitung durch eine feierliche Gemeinschaft mit Hochschuldozenten abgelöst. Gerade die Vorläufe und Vorwörter, die von rechts immer wieder laut werden, beweisen, daß man das erreichte Mehr nicht unterlassen

darf, ja daß es ungewiß ist, ob es in veränderter Zeit noch hätte erreicht werden können.

Auch nach der amtlichen Mündigkeitsprüfung bleiben offene Fragen. Nicht nur, ob die hier Gemachte wirklich ausreichen. Man wird auch einen Weg finden müssen, den besonderen Anforderungen an die sog. Mittelschulen, die Mittelschulen, Berufsschulen, Werkstätten usw. an den Akademien gerecht zu werden. Und wenn schon der Anschluß an die Unversitäten nicht erreicht wurde, werden die Akademien zu erst die pädagogischen Ausbildungsstätten für alle Lehrenden werden, also von hieraus etwas wie den einheitlichen Lehrstand bringen? Es fällt auf, daß unter den an die Akademie Berufenden immer mehr Lehrer von Bezirksseminaren, den Ausbildungsstätten der Studienreferendare, sind, von den neuen hauptberuflichen Akademienbezogenen allein wenig. Tatsächlich erscheint es als Bestimmung, wenn der Staat verschiedene pädagogische Ausbildungsstätten von Rang für nachverwandte Berufe unterstellt. Aber wird man die Philologen unter das Joch einer konfessionellen Ausbildung zwingen können? Die Lehrer an den höheren Schulen leben hier die Frage nach dem wissenschaftlichen Charakter der höheren Schule überhaupt gestellt.

Wer hat die Opfer für die Akademien bringen müssen? Von den 1275 ehemaligen Lehrerbildnern sind 1002 engültig in anderen Stellungen untergebracht; von den andern sind rund 100 in einem Alter, das man ihnen eine neue Tätigkeit kaum zumuten darf; die übrigen können mit schneller Umorientierung rechnen. Die höhere Schule hat einen großen Teil dieser Lehrerbildner, zum Teil ohne Mäßigkeit auf ihre Vorbildung, übernommen und hat umgekehrt hervorragende eigene Lehrkräfte an die Akademien abgeben müssen. Ein gewisses Opfer bringen auch die Junglehrer, denen das Nicht von der Akademiegründung herrührt, sondern vom Stellenmangel und Gehaltsuntergang. Sie müssen sich aber damit abfinden, daß alles die Akademie Akademienbetreibern die Beschäftigung zugesichert wurde, ihnen also ein Teil Stellen, wenn auch nicht großer, Zahl für Jahr verloren geht und daß sie in ihrem Beruf mit dem Wettbewerb der neuerwerblichen Vorbildeten, Schritt halten müssen, obwohl Jahre der Stillschließigkeit für ihrem Beruf eher entzweckend haben.

Die Akademien hätten vom Minister nicht als endgültig bezeichnet werden können, wenn nicht aus dem Urteil aus der Praxis über die Bewährung der von den Akademien Gehörten vorläge. Es ist sehr verständlich, daß sie von Vorgesetzten wie Kollegen sehr aufmerksam beobachtet wurden, und es ist erfreulich, daß von allen Seiten nur Gutes gesagt wurde. Die jungen Akademiker waren in der Lage, ihre Studenten immer unter einer Mäßigkeit auszuwählen zu dürfen. Dafür waren auch die Schwierigkeiten beim ersten Versuch einer anderen Ausbildung am größten, und es ist zu hoffen, daß das Urteil über die kommenden Akademielehrer nicht anders lautet als über die ersten.

über den Bauhof hinausgehenden Werbungskosten abgesetzt sind, der Werbungskostenpauschalzug zugebilligt werden. Bei der Ermittlung der Höhe des Mietswertes im eigenen Hause (in eigener Villa) ist nicht der Bruttomietwert, nach Abzug der Werbungskosten, sondern der Nettomietwert, der diese einschließt, der Hauszinssteuer abgezogen ist, nach dem die Schulzinien abgezogen werden.

Schließlich ist darauf hingewiesen, daß neben den für einen Steuerpflichtigen von 480 RM, auf 600 RM, und für die zu seiner Haushaltung gehörende, nicht selbständig zu veranlagende minderjährige Kind von 100 RM auf 250 RM, erhöhten Sonderleistungen des § 17 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes die oben behandelten Zuschläge beim Hausbesitz oder in anderen Fällen als Ausgaben voll abgezogen werden dürfen.

Berringerung der Reichsbehörden

Bei der Reichsfinanzverwaltung konnte die Zahl der Dienststellen im Jahre 1928 dadurch wesentlich vermindert werden, daß eine Reihe kleiner Ämter aufgehoben und mit benachbarten Dienststellen vereinigt wurde. So hat sich z. B. die Gesamtheit der Finanzämter des Deutschen Reiches im Jahre 1928 um 32, die der Hauptstellenämter um 3, die der Zollämter um 27 und die der Bezirksstellen um 3, d. h. um 71 vermindert. Eine weitere Zusammenlegung kleiner Dienststellen ist geplant. Ob sich diese Pläne bald durchführen lassen, hängt wesentlich davon ab, wie weit die unteren Verwaltungsebenen einzelner Länder nach Möglichkeit der zur Zeit stehenden Verwaltungsformen abgegrenzt werden.

Bei der Deutschen Reichswehr sind seit Inkrafttreten des Wehrgesetzes 181 bisher selbständige Bataillone und Kompanien mit benachbarten Einheiten vereinigt und 132 Bataillone aufgehoben worden.

Aus dem Bericht für das Geschäftsjahr 1928.

(Eingeklämmert sind die Zahlen des Jahres 1927)

Am 31. Dezember 1928 betrug die Zahl der 1927 Rubel mit 10245 (8145) Kündigungsstellen, 46 459 (39 523) Wirtinnen- und Wirtinnenstellen und 30 515 (27 363) Wirtinnenstellen. Insgesamt waren im Berichtsjahre 65 067 (60 288) Wehrungsanträge zu bearbeiten.

Der Gesamtantrag für die Rentenleistungen, Aufwendungen und Beitragsverpflichtungen betrug im Jahre 1928 105 Millionen Reichsmark. Im Jahre 1927 betrug er 78,4 Millionen Reichsmark, nach noch die einmalige Zahlung zur engültigen Abgeltung für Rentenversicherungen an Anstellte aus der Invalidenversicherung mit 23 Millionen Reichsmark trat.

Die Zahl der Anträge von Vericherten auf Wehrverfahren lag auf 106 788 (92 794). Davon entfallen auf fähige Wehrverfahren 65 396 (58 889), auf nichtfähige Wehrverfahren (Zapfenjahr um) 41 392 (33 905). Es wurden 38 716 (34 374) fähige Wehrverfahren durchgeführt. Die durchschnittliche Dauer der Kuren betrug in den Krankenanstalten 96 (91) Tage, in den Sanatorien 31 (31) Tage und in den Bädern 29 (31) Tage. Die Zahl der Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zu Wehrverfahren für überföhliche, überföhlosgefährdete und rachitische Kinder von Vericherten und für Waisenrentner betrug 6082 (6812). Zuschüsse wurden bewilligt in 3894 (4878) Fällen. Für die Gesundheitsfürsorge wurden insgesamt 18,9 Millionen Reichsmark (17,1 Millionen Reichsmark) aufgewendet.

Die Gesamtbeitragsverpflichtung betrug fast 317 Millionen Reichsmark (280 Millionen Reichsmark). Die Beiträge betragen etwa 5 vom Hundert des durchschnittlichen Monatsverdienstes gegen 7 vom Hundert in der Vorzeitigkeit. Die Zahl der Vericherten wird für Ende 1928 auf 3,3 Millionen geschätzt.

Die Vermögensverwaltung strebt an, die verfügbaren Mittel sicher zu verwirtschaften und sozial nützlichen Zwecken anzulegen und sie möglichst gleichmäßig den Freien und Wirtschaftswissenschaften wieder auszuführen, aus denen sie kamen. Ganz besonders wurde der Wohnungsbau gefördert. Die hierfür langfristige zur Verfügung gestellten Mittel betragen rund 100 Millionen Reichsmark (75 Millionen Reichsmark).

Die gesamten Verwaltungskosten beliefen sich auf rund 11,3 Millionen Reichsmark (9,6 Millionen Reichsmark). Der Gesamtantrag einschließlich der Kosten des Beitrags- und Lebensversicherungsverfahrens, der an die Reichswehr zu leistenden Vergütung für den Marschverdienst, der Kosten der gesamten Wehrverwaltung sowie aller Aufwendungen auf das Dienstgebäude und Inventar betrug 3,5 (3,4) Prozent der Beitragsverpflichtung (ohne Zinsenabnahme).

Ankünfte über die Angestelltenversicherung ergibt in Magdeburg die Geschäftsstelle des Ortsausschusses Magdeburg für die Angestelltenversicherung, die sich Bezeichnung 8 befindet. In der Geschäftsstelle können auch Anträge auf Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten gestellt werden.

So regiert die Wirtschaftspartei

Der zur Wirtschaftspartei gehörende sächsische Finanzminister Weber, der als Landtagsabgeordneter seinen Wohnort hinsichtlich seines künftigen Eintretens für die Leitung der Wehrverwaltung die weitestgehenden Verprechungen machte, als Minister aber bisher nicht eine einzige davor eingeliefert hat, mußte sich zu allem anderen nun auch noch an dem von ihm aufgestellten Etat eine sehr eingehende Kritik durch den früheren demokratischen Finanzminister Dr. Dehne gefallen lassen. An der Hand von unabweislichen Zahlen wies ihm Dr. Dehne nach, daß der Etat nicht mit 19,5, sondern mit 30 Millionen Reichsmark abzugeben wird. Die Beitragsverpflichtung des Ministers setzen ihn mit der gänglich unfeilsüchtigen Behauptung zu retten, daß die sächsischen Finanzen unter Reichslohn und Dehne einen Niedergang gezeigt hätten, aus dem erst für Parzellierung sie gerettet habe. In einer Mäßigkeit

weist jetzt Dr. Dehne zahlenmäßig nach, warum das Selbstlob der Wirtschaftspartei und ihres Ministers unbegründet ist, und daß sie das sächsische Finanzministerium ohnedem noch zu einem Zeitpunkt übernehmen hat, als die Länder infolge Unmangels der Reichswehrverpflichtungen bedeutend höhere Ausgaben aufzuweisen hatten als in den Jahren, in denen Sachsen Finanzverwaltung in den Händen der Demokraten lag. Von einem Sonderdienst der sächsischen Wirtschaftspartei kann danach wirklich keine Rede sein. Der jetzige sächsische Finanzminister hat vielmehr in seiner Amtsführung bewiesen, daß er seine in der Wahlzeit gegebenen Verprechungen unerfüllt läßt. Wo er von „Einsparungen“ spricht, sind ihm vom Reich höhere Beträge überwiesen worden. Wo er über Beträge zur Sentung der Wehrverwaltung feststimmungsgemäß hätte verwenden müssen, also seinen Parteifreunden direkt übergeben können, hat er sie im Etat verbracht. Sein letztes Verprechen, das er seinen Wählern gegeben hat, nämlich die Schlachtfelder zu besetzen, hat er unter dem Jang der finanziellen Verhältnisse jedoch ausgeben müssen. Schöpferische Maßnahmen aber, durch die er von sich aus auf die sächsischen Finanzen einen günstigen Einfluß ausüben könnte, hat Minister Weber, der stets in englischer Ausbeutung an die bedürftigen alten von Reichslohn und Dehne geführten Beamten seines Ministers arbeitet, bis jetzt noch nicht bewiesen, womit er freilich niemandem enttäuscht hat, weil niemand dergleichen von ihm erwartet hat.

Zerfahrenheit in der Deutschen Volkspartei

In einem sehr aufgeregten Artikel fällt die „National-liberale Correspondenz“ ohne jeden ernsthaften Grund über die Deutsche Demokratische Partei her und attestiert ihr — zum wiederholten Male —, daß sie sich in einem „Zustand der inneren Auflösung, der Zerföhrenheit“ befinde. In der Deutschen Volkspartei dagegen herrsche eine mutterhafte „Geschlossenheit zwischen Führer und Partei“. Zur Illustration dieser Geschlossenheit, die sich ja auf der Berliner Zentralvorstandssitzung so eigenartig bewährte, seien einige Sätze aus einer Entschließung zitiert, die der Vorstand der Disziplinäre Wera der Deutschen Volkspartei dieser Tage an Dr. Stresemann gerichtet hat, und deren Spitze gegen den Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz und die Mehrheit des Zentralvorstandes handgreiflich ist. Es heißt da: „Der Vorstand steht in der überföhrteten Bindung eines Kabinettsmitgliedes an die eigene Fraktion eine Entscheidung, die zu ungelunden und unerwünschten Folgeerscheinungen führen muß, weil sie die Persönlichkeiten allzu sehr einengt. ... Die einzelnen Fraktionen müssen lernen, sich bei der Entscheidung eines ihrer Mitglieder ins Kabinett zunächst im wesentlichen mit der Aufgabe zu begnügen, daß ein Angehöriger ihrer politischen wie wirtschaftlichen

Grundanschauungen im Kabinett vertreten ist, sofern er die für sein politisches Handeln richtunggebend sein läßt. ... Der „Geschlossenheit“ wird auf die Dauer der Tätigkeit einer Regierung zur Unfruchtbarkeit verdammt; er ist daher unbedingt abzulehnen, und aufschaffen zu bekämpfen.“

Minister Dr. Stresemann hat seinen kühnsten Parteifreunden in einem Telegramm gedankt, in dem es heißt: „Ihre Stellungnahme und die verhandlungslose Würdigung meiner Arbeit ist mir eine besondere Freude gewesen.“ Ob eine besondere Freude auch für den Abgeordneten Dr. Scholz?

Glückwunschtelegramm an Lippmann

An der Oberpräsidenten Lippmann, der an diesem Montag das zehnjährige Jubiläum als oberster Beamter der Provinz Hannover feiert, hat der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei, Koch-Weser, Erkens, Fischer, folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet:

„Am 10. Jahrestag Ihrer Ernennung beglückwünschen wir Sie herzlich. Im jetzt abgelaufenen Jahrzehnt, das für die Entfaltung der deutschen Republik entscheidend war, haben Sie auf schwierigem Boden für den Volkstaat Großes geleistet. Wir hoffen noch auf Ihre langjährige Mitarbeit an führenden Stellen des politischen Lebens.“

Politische Notizen

Strasser darf vorgeführt werden.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages lehnte am Dienstag eine größere Anzahl von Straßverfolgungsanträgen gegen Mitglieder des Reichstages ab. Wegen die Stimmen der Deutschen Nationalen wurde dagegen einem Durchführungsbefehl gegen den Abg. Straßer (Nat.-Soz.) zugestimmt, ebenso wurde in einem zweiten Falle beschloffen, der Straßverfolgung gegen den Abg. Straßer wegen Verleumdung stattzugeben.

Geiß — regiert die ...

Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß die amerikanische Großfirma General-Motors die Mehrheit der Geschäftsanteile der Opel-Werke für 120 Millionen Mark erworben hat. Dieser große Erfolg hat sich auch in Kasselheim äußerlich bemerkbar gemacht. Das große Schild am Empfangsraum „Deutsche! Kauft deutsche Waren!“ ist plötzlich verschwunden und mit ihm ein zweites schwarz-weiß-rot umrandetes, auf dem zu lesen stand, daß die Firma Adolf Opel Kasselern, die in ausländischen Automobilen vorfahren, nicht empfängt. Der Dollar hat's geschafft!

Gegen Klassenkampf und Gewalttätigkeiten.

Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen in Königsberg und in der Provinz hatten ihre öffentlichen Umzüge vielfach mit dem Ausruf beschloffen: „Deutschland, erwache, Juda verrede!“ Die Königsberger Staatsanwaltschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß in diesem Ausruf eine Beleidigung zu erblicken sei, und daß jeder einzelne Jude, der sich durch den Ausruf getroffen fühle, Strafantrag stellen könne. Demgegenüber hat der preussische Justizminister nunmehr entschieden, daß in dem Ausruf „Juda verrede!“ ein Ausruf zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten zu erblicken sei, der auf Grund des Paragraphen 130 des Reichsstrafgesetzbuches zu bestrafen ist. Die Behörden haben bei Wiederholung derartiger Ausrufe Strafverfahren einzuleiten.

Parteinachrichten

Verschiebung des demokratischen Parteitag

Berlin, den 23. März. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hatte sich am Sonnabend mit der durch die Beschlüsse des Alldeutschen Reichstages geschaffenen neuen Lage zu befassen, der Alldeutscher hat wegen der Notwendigkeit, baldigst zur Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes zu gelangen, abgelehnt, für die von mehreren Parteien in Aussicht genommenen Frühjahrsparteitage die Reichstags-Sitzungen nicht stattfinden zu lassen. Infolgedessen sah sich der demokratische Parteivorstand in die Zwangslage verlegt, den für die Tage vom 25.-28. April in Heidelberg in Aussicht genommenen Reichsparteitag zu verschieben. Statt dessen soll am 28. April in Berlin eine Parteivollversammlung stattfinden, die den endgültigen Termin für den Reichsparteitag festlegen soll.

Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei

Berlin, den 23. März. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei tagte am Sonnabend unter Vorsitz des Abgeordneten Erlangen. Nachdem er über die Verschiebung des allgemeinen Parteitages Beschlüsse gefaßt hatte, befahte er sich eingehend mit den Fragen des Behrprogramm und der Wahlrechtsreform. Er beschloß, den von einer Redaktionskommission vorgelegten Entwurf eines Behrprogramm, der ursprünglich dem nächsten Kreisparteitag vorgelegt werden soll, als „Mittelfristen der Deutschen Demokratischen Partei für die Behrfragen“ zu veröffentlichen.

In Sachen der Wahlrechtsreform erstattete Abgeordneter Dr. Kütz namens der Kommission Bericht, die gemeinsam vom Parteivorstand und Reichstagsfraktion zur Ausarbeitung eines Entwurfes eingesetzt worden war. Der Vorstand beschloß, den Entwurf dieser Kommission unverändert der Öffentlichkeit zu übergeben und die Reichstagsfraktion zu ersuchen, in der ersten Sitzung nach den Osterferien zu dem Entwurf Stellung zu nehmen und auf Grund dessen einen Wahlscheitwurf im Reichstage einzubringen.

Bezirk Halle

Halle. Am 23. März fand unter Leitung des Herrn Direktor Patry eine Besprechung mit den Vertretern des Saalekreises statt. Nach eingehender Darlegung über die örtlichen Verhältnisse wurden die erforderlichen Schritte zu einer vermehrten Organisationsarbeit eingeleitet werden. Einmütig wurde der Wunsch nach einer öfteren Zusammenkunft der Vertrauensleute ausgesprochen.

Halle. Die Kreisvereine und Ortsgruppen erhalten demnächst eine von der Reichsparteileitung herausgegebene kleine Broschüre mit dem Titel „Kleinrentner!“ Wir bitten dringend, diese kleine Schrift in allen an der Kleinrentnerfrage interessierten Kreisen sofort nach Empfang zu verbreiten. Genügend die zugehende Anzahl nicht, ist Mehranforderung an unsere Geschäftsleitung in Halle zu richten.

Halle. Wir weisen nochmals darauf hin, daß unsere Parteigeschäftsstelle in Halle allen Parteifreunden als wirtschaftliche Beratungsstelle zur Verfügung steht. Anfragen jeglicher Art können mündlich oder schriftlich eingereicht werden. Zieht der Anfragende mündliche Beratung vor, so ist vorherige persönliche Anmeldung in der Geschäftsstelle durch Brief oder Karte empfehlenswert. Die Kreis- und Ortsgruppenvorstände wollen ihre Mitglieder auf diese wichtige Einrichtung ganz besonders bei jeder Gelegenheit aufmerksam machen.

Halle. Dienstag, den 18. April, abends 8 Uhr, im Schultheiß-Ausgang, Merseburger Straße 10, Sitzung des Beamten-Ausschusses. Tagesordnung: 1. Referat über Beamtenvertretungsgeheiß. 2. Aussprache über berufspolitische Vorgänge. 3. Die Aufgaben der Obleute. 4. Verschiedene s. — Besondere Einladungen erfolgen nach.

Halle. (Sungdemokraten-Friedrich-Naumann-Bund.) Am Mittwoch, den 3. April, findet bei gutem Wetter ein gemeinsamer Abendpausiergang statt. Wir bitten unsere Freunde, den Abend freizuhalten. Es ergehen noch schriftliche Einladungen.

Halle. Gemäß dem Beschlusse der Bezirksvertretertagung wird der nächste ordentliche Kreisparteitag in Halle am 11. und 12. Mai abgehalten werden. Er wird mit einer öffentlichen Kundgebung am 11. abends, beginnen, für die als Redner Herr Minister Dr. Schreiber und Herr Staatspräsident a. D. Prof. Dr. Sumpel genannt sind. Einladungen mit Tagesordnung werden rechtzeitig ergehen.



Ammerdorf. Freitag, den 5. April, abends 8 Uhr, in Helms Gasthof Verammlung. Tagesordnung: 1. Die Lage im Reich (Dornblüth). 2. Unser Kreispolitik (Reine). 3. Unsere Ortspolitik. 4. Unser Arbeitsprogramm. 5. Vorstandswahl.

Helba. (Manst. Ceelr.) Dr. Liebig, Halle, sprach am 22. d. Mis. hier in öffentlicher Verammlung über „Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik“. Die Verammlung war infolge guter Vorbereitung durch den Kreisverein recht gut besucht. Eine lebhaftige Aussprache bewies wieder einmal das allgemeine Interesse für unsere Veranaltungen.

2. April als letzter Tag des Eingangs beim Finanzamt festgelegt. Die bedeutsamste Einreichung liegt also im Interesse aller Arbeitnehmer, die von dieser Zeit an noch Gebrauch machen wollen. Anträge sind schriftlich an das zuständige Finanzamt zu richten; dort sind gegebenenfalls Formulare haben; verschiedene Belege (Steuerkarte 1928, Nachweis des Bedienstetensalles usw.) die aus dem aufgedruckten Merkblatt ersichtlich sind, müssen beigelegt werden.



Der Außenhandel Deutsch-Ostafrikas. Die Zunahme des Außenhandels unserer früheren Kolonien wie Deutsch-Ostafrika seit dem Jahre 1912 ist nur scheinbar, wenn der gefundene Goldwert und die allgemeine Preissteigerung auf dem Weltmarkt von rund 50 Proz. berücksichtigt wird. In Wirklichkeit ist der Außenhandel um die erhaltene Verhaltung auf der gleichen Höhe geblieben. Auf einen Stillstand in der Entwicklung der Kolonie läßt auch der Umstand schließen, daß der Eisenbahnbau bisher durch die Engländer kaum gefördert wurde.



Reichswehrminister G. Dietrich, der Schöpfer des Reichs-Wehrgesetzes (Gesetz über den Wehrdienst mit Wehrübungen und Wehrerziehung), des ersten deutschen Standardisierungs-Gesetzes, das neben den Landesregierungen sowie den wirtschaftlichen Verbänden zur Stellungnahme anzufragen wurde.



Reichsminister a. D. Dr. Dornbusch übernahm an Stelle des zurückgetretenen Clemens Lammer den Vorsitz des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung und Ablosgebinaunnen der deutschen Wirtschaft (Emanete-Austausch).

Soziales

Wichtiger Termin für Arbeitnehmer!

Die Zeit für Lohnruhervertragsanträge für 1928 läuft am 31. März ab!

Das Einkommensteuergesetz sieht bestimmtlich in § 93 eine Lohnruher-Rückzahlung an Arbeitnehmer mit 9200 RM Jahresentlohnung höchstens vor, wenn durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ausperrung, Streik oder Kurzarbeit ein Verdienstausfall entstanden ist, jedoch die gesetzlich festgesetzten Beträge im Laufe des Jahres 1928 nicht voll berücksichtigt worden sind. Außerdem kommt die Rückzahlung von Steuern auf Antrag in Frage, wenn durch Krankheit, Unglücksfall, Unterstützung mittellose Angehöriger usw. besondere wirtschaftliche Belastungen des Arbeitnehmers vorliegen, oder wenn Steuern von Arbeitgeber abgezogen wurden, obgleich der Arbeitslohn weniger als die im Gesetz vorgesehenen Freibeträge ausgemacht hat.

Der „Gewerkschaftliche Pressedienst“ weist nochmals nachdrücklich darauf hin, daß der letzte Tag der Einreichung für solche Anträge kalendermäßig der 31. März ist. Da auf diesen Tag jedoch der erste Osterfeiertag entfällt und auch an den beiden vorhergehenden Tagen die betreffenden Dienststellen geschlossen sein werden, ist der

**Damit jeder sie sehe und jeder sie lobe
Schicken umsonst wir Hefte zur Probe!**

Der Deutsche Rundfunk

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Hefte 50 Pf., Monatsbetrag RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N24

Hier abtrennen!

an das Postamt (Zeitungssprek) (Anfränkert in den Briefkästen zu werfen)

Bestellschein

Ich bestelle hiermit

..... Exemplare

Politischer Wegweiser

für den

Monat April

und bitte den Bezugspreis von 75 Goldpfennig auskalkuliert 5 Goldpfennig Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name:

Wohnort:

Straße:

Beantwortlich Johannes Dornblüth, Halle. Druck: Buchdruckerei Langner & Co., G. m. b. H., Deffert Poststraße 2.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, Höhere Gewalt und Betriebsführung entstehen dem Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Das politische Programm der Deutschen Demokratischen Partei ist im Programmheft 10 enthalten. Einzelne Broschüren sind nach dem Verlag des „Politischen Wegweisers“, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 13

Halle, 30. März 1929

5. Jahrgang

Die Osterpause

Feiertage bilden eine Insel in dem hochwogenen Strom der Politik. An ihnen ruhen die Kämpfe. Zur Beinhaltung und zum Aufschauen ist das die geeignete Zeit. Leider haben wir in dem nunmehr vollendeten ersten Quartal 1929 nicht allzuviel Gutes zu verzeichnen. Weber inmerpolitisch, noch ankenpolitisch. Diese drei Monate sind erfüllt von Parteiführer, von hartem Kampfen mit dem Auslande und halber Erfolge, die misslungen betrieblieben können. Wir sind seit der Wende des Jahres nicht erheblich weiter gekommen. Allerdings soll man auch gern anerkennen, daß wir keine allzu bedeutenden Rückschritte gemacht haben, das gilt sowohl von Genf wie von Paris, ist auch vom Reichstage, wenn schon in sehr bedingtem Ausmaß. Es ist immerhin gelungen, den offenen Ausbruch der Krise hinten zu halten, und das bedeutet mehr als 100 kriegsbehebende abnt. Die Gefahren, die sich täglich aufstauten, waren nicht gering. Hugenbergs Rand vor den Toren. Man mag heute darüber lächeln, aber wie die Zusammenhänge launten, hat diese Verdröhung des Reiches nicht auf die leichte Schulter genommen. Selbstverständlich sollte alles auf verhältnismäßigem Wege vor sich gehen. Eine gewisse Vorzicht auch dem Geheimen Finanzrat nicht abstrahieren. Der Plan war so schon ausgedacht, er sollte sich vom Kanzler erinnern lassen, im Reichstag anfragen und dann zunächst auf Grund des Artikels 48 regieren. Was dabei herausgekommen wäre, hätte vermutlich kein Schicksal in der deutschen Geschichte erfüllt. Scheitert ist dieser „reife“ Gedanke an der Spitze des Reichspräsidenten, der nicht Herrmann Müller für seine Vermutungen gedankt und damit ihn verabschiedet hat, sondern ihm ein neuen dem Auftrag gab, mit dem folgenden Schrittel vorläufig die Arbeiten weiter zu führen.

Hugenbergs Brief

Der jetzt veröffentlichte Brief des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei an 3000 Amerikaner fällt ungefähr mit diesen veröffentlichten Diskussionsbemerkungen zusammen. So ist er auch nur verständlich. Das Schreiben hätte die Übernahme der Regierungsgewalt vorbereiten und beidwichtigend wirken. Deshalb einzelne Wendungen, die sonst unbegreiflich wären. So die Behauptung, die Deutschen seien die einzigen Hüter des Privateigentums und das einzige Volkwerk gegen die Sozialdemokraten. Mit lauter Selbstverständlichkeit betont Hugenberg, daß seine Partei niemals mit der Sozialdemokratie gemeinschaftlich wirken werde. Und da er sich davon noch nicht die nötige Wirkung verpricht, legt er Sozialismus und Kommunismus kurz entschlossen gleich. Für einen Politiker von Ruf ist das immerhin eine etwas auffällige Erwartung. Zum mindesten muß man zweifeln, ob er sich von ihrer Richtigkeit überzeugt ist. Eigentlich sollte er eher unterrichtet sein und wissen, daß die Sozialdemokraten unter Herrs Führung Deutschland vor dem Volksverderben gerettet haben. Dabei auch der Haß der Kommunisten gegen die roten Nachbarn, während sie Herrn Hugenberg als heimlichen Bundesgenossen betrachten. Im Grunde ist der Brief so ungeschickt wie nur möglich und läßt jede Überlegenheit vermischen. Selbstlosigkeit reißt an Taktlosigkeit. Wir rechnen nicht mit ihm über die nächste Auerkung, daß die deutsche Leistungsfähigkeit im Luge liege, über die typische Erinnerung an Wilsons Punkte und die fast unüberhörte Mahnung an die benachteiligten Staaten, in Europa kein Geld mehr zu verlangen. Erregte Gemüter sprechen von Landesverrat. Er liegt das fern. Dazu ist dieses Schreiben so plump, es zeigt eine Genügsamkeit, die von allen bekämpft werden muß, ganz gleich, wo sie sonst leben. Wir fürchten die staatsmännlichen Fähigkeiten dieses Mannes, sondern nur seine geringe Einsicht. Er könnte viel besser klären.

Das Echo des Briefes

Wenn sich der Führer der Deutschen Demokratischen Partei in einem Brief an die Amerikaner eine Stärkung seiner politischen Stellung verprochen hat, so wird er sich jetzt selbst über die tiefste Dämung klar geworden sein. Die antia ist genauso deutlich gegen ihn geworden wie die Hater der Deutschen Volkspartei. Aber das ist einmal das Entscheidende. Selbst die Deutsche Tageszeitung macht nach einigen höflichen Wendungen Recht

und zeigt, daß sie mit diesem Erguß nicht einverstanden ist. Das gibt zu denken. Es ist ja kein Geheimnis, daß der agrarische Flügel der Partei mit wachsendem Mißfallen auf die Tätigkeit des neuen Vorliegenden sieht. Er findet sich darin mit den Gewerkschaften unter Lambach zusammen, die ja seit langem in hartem Kampfe mit Hugenberg stehen. Wenn dieser Brief überhaupt eine Wirkung ausüben sollte, so höchstens im deutschenationalen Lager. Die Einigkeit, die nach außen hin noch immer gewahrt wird, außer in Hamburg, wo es bereits zu

überhaupt nicht zu erwarten und auch das ist noch zweifelhaft. Was bisher geleistet wurde, sind Vorarbeiten, sind Teilergebnisse, die erst dann ihren Sinn bekommen, wenn die Zahlen genannt werden. Bisher hat man sich nur in Privatgesprächen darüber unterhalten und dabei bereits festgelegt, daß man noch rielweit entfernt voneinander ist. Wenn am Tisch ist, ist die offene Krise da. Aufgabe der Amerikaner wird es sein, sie zu überbrücken. Son der Gesichtlichkeit Emen Hugenbergs und Morgans hängt es dann ab, ob man mehrere Vorschläge unterbreitet oder wenigstens im engeren Kreise zu einem gemeinsamen Vorgehen gelangt.

Das Defizit

Die innere Politik ist augenblicklich Finanzpolitik. Gelingt es, den Etat zu verabschieden, so haben wir Zeit zu anderen Arbeiten gewonnen. Gelingt es nicht, so wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Auflösung des Reichstages. Die Vorberedungen, die Hugenberg und Herrmann Müller mit den Parteiführern abhielten, sind nicht ungünstig verlaufen. Sobald eine Annäherung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten sichtbar wurde, lenkte die Deutsche Volkspartei erheblich ein. Silberling hat in einer Tabelle die Abstände aufgezeichnet, die jede Partei vordringlich und dabei festgelegt, daß man sich gar nicht mehr so unendlich weit voneinander entfernt hält. Bei einigen guten Willen läßt sich schon ein Kompromiß finden. Bisher betragen die jährliche ungefähr 160 Millionen. Das reicht natürlich nicht aus. Wenn man aber, und dazu scheint man entschlossen zu sein, obwohl es nicht unbedingt ist, die Zahlungen an die Sozialklassen statt in bar in Schuldverschreibungen leistet, so wäre das Defizit einigermaßen ausgeglichen. Es bliebe nur ein kleiner Rest, für den die Umleitung des Bruttoeinkommens mit einem Mehretrag von 90 Millionen genügen würde. Dann könnte man sowohl auf die Erhöhung der Besteuerung, die Zentrum und Bayerische Volkspartei nach wie vor ablehnen, als auch auf die Erhöhung der Vermögenssteuer verzichten. Bedauerlich ist es, daß der Haushaltsausgleich des



einer kleinen Erhaltung gekommen ist, erscheint nur als eine Fassade, hinter der sich ein heftiges Ringen abspielt. Es ist im Grunde eine Frage des Mutes, ob die Persönlichkeiten, die in der Opposition gegen den Chef sind, auch einmal die Folgen daraus stehen werden. In dieser Hinsicht sind wir von ihm nicht verwöhnt. Sie werden vermutlich solange als irgend denkbar zu launieren versuchen, bis eines Tages die Lebergriffe von rechts her sie zwingen, Farbe zu bekennen. Erst dann tritt die Klärung von selber ein.

Die Reparationen

Wenn nicht alles täuscht, wird diese Zwischenübersicht noch geraume Zeit in der Wochenbau erscheinen müssen. Die Dinge einordnen sich nur sehr langsam, obwohl häufig genug Krisenmeldungen auftauchen, um dann wieder zu verschwinden. In Wahrheit handelt es sich auch um eine Krise, nur ist sie keine offene, sondern eine schleichende, die vermutlich nach Dieren ausbrechen wird. Man soll aber die Dinge nächsten betrachten und keine vorläufigen Schlüsse ziehen. Selbst wenn die Konkreten ergebnislos endet, was immerhin in ernste Erwägung gezogen werden muß, bedeutet das noch kein Ende der Verhandlungen. Die Sachverhandlungen sind unabhängig von den Regierungen und haben inhaltlich ihr Outachten zu erlassen. Sache der Kabinete ist es dann, sich auf den Boden dieser Outachten zu stellen, oder sie zu verwerfen. Eine Einigung in Paris würde dort ausgesetzt sein, bezagen, daß nur das möglich war, ausgetüftelte Kompromisse zur Annahme gelangt. Soweit wir die Lage beurteilen können, sind die Aussichten für eine Einigung allerdings nicht gut. Man rechnet viel eher damit, daß mehrere Outachten erlassen werden, eines von der Mehrheit, also der Entente, eines von uns und vielleicht darüber noch eines von den Amerikanern. Das erweist natürlich den Gang der diplomatischen Verhandlungen, weil sich jede Regierung zunächst auf das ihr am nächsten Liegende fassen würde. Ueberhaupt soll man den Zeitpunkt für eine endgültige Lösung soweit hinauschieben, als nur irgend denkbar. Vor dem Herbstommer ist er

fassung menta verbiid einuante parlam der gef geordnet lich sei hänger Bedung



Die in Ein gemein unter haunte partei zu bu in ein der la aufre sind ge Arbeit ges.

häufig von dem Ergebnis nicht maßgebend sind. Aber die Häufung ist zu groß. Nirgend haben die Konservativen Fortschritte erzielen können. Das läßt immerhin die Möglichkeit offen, daß auch die parlamentarischen Verhältnisse grundlegend geändert werden können. Ueber eine außenpolitische Bedeutung solcher Wandels braucht nicht viel gesagt zu werden. Die Stellung Englands ist jedenfalls für Europa entscheidend.

Die ungültigen sächsischen Wahlen.

Der Staatsgerichtshof hat die sächsischen Wahlen für ungültig erklärt, so daß sie noch einmal vorgenommen werden müssen. Die Bedingungen, daß Parteien, die im vorhergegangenen Landtage keine Mandate befaßen,